

Dieter Dowe (Hrsg.)

Der 17. Juni 1953
Die Gewerkschaften und die Diktaturen des
20. Jahrhunderts

Vorträge
einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung,
des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der
Hans-Böckler-Stiftung am 13. Juni 2003
im Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin

Friedrich-Ebert-Stiftung
Historisches Forschungszentrum

Herausgegeben von Dieter Dowe
Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Kostenloser Bezug beim Historischen Forschungszentrum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
(Tel. 0228 - 883-473)
E-mail: Doris.Fassbender@fes.de

© 2003 by Friedrich-Ebert-Stiftung
Bonn (-Bad Godesberg)
Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn
Druck: Toennes Druck + Medien GmbH, Erkrath
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2003

ISSN 0941-6862
ISBN 3-89892-193-X

Inhalt

Prof. Dr. Dieter Dowe
Friedrich-Ebert-Stiftung

Begrüßung 5

Michael Sommer
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Der 17. 1953 Juni als Freiheitsbewegung 7

Wolfgang Thierse
Präsident des Deutschen Bundestages

*Die Bedeutung des 17. Juni 1953 für die
politische Kultur in Deutschland* 16

Prof. Dr. Christoph Kleßmann
Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

*Die Gewerkschaften und die Diktaturen in
Deutschland im 20. Jahrhundert* 26

Prof. Dr. Dieter Dowe

Friedrich-Ebert-Stiftung

Begrüßung

Meine Damen und Herren,
liebe Freunde der Stiftung,

anlässlich des 50. Jahrestages des 17. Juni 1953 wollen wir in unserer heutigen Veranstaltung über die Gewerkschaften und die Diktaturen des 20. Jahrhunderts sprechen. Dazu begrüße ich Sie an Stelle von Anke Fuchs, die leider verhindert ist, im Namen des Vorstandes unserer Stiftung.

Ich tue dies zugleich auch im Namen unserer Kooperationspartner bei der heutigen Veranstaltung, nämlich des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Hans-Böckler-Stiftung.

Mein besonderer Gruß gilt zunächst dem Präsidenten des Deutschen Bundestages *Wolfgang Thierse* – er ist in besonderer Weise berufen, die Bedeutung des 17. Juni für die politische Kultur in Deutschland hervorzuheben.

Eine große Freude ist es für uns, dass *Michael Sommer*, Vorsitzender des DGB, über den 17. Juni als Freiheitsbewegung zu uns sprechen wird.

Wir danken Herrn Professor Dr. *Christoph Kleßmann* vom Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam, dass er, ausgehend vom 17. Juni, das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Diktaturen in Deutschland behandeln wird. Er wird dabei gewiss eine Reihe von Ambivalenzen nicht aussparen.

Wir freuen uns, dass *Dirk Zöllner* und Freunde heute einen besonderen musikalischen Akzent setzen.

Meine Damen und Herren,
liebe Freunde,

die Älteren unter uns werden sich noch lebhaft erinnern, wie sehr das Geschehen des 16. und 17. Juni und der Folgetage nicht nur hier in Berlin, sondern in der gesamten DDR die Menschen in Ost und West aufgewühlt hat.

Niemand, ob als Teilnehmer oder als Betrachter von ferne, konnte damals ahnen, welchen hohen Stellenwert in der deutschen Nachkriegsgeschichte der 17. Juni einmal gewinnen sollte: Aus einem Arbeiterkonflikt entwickelte sich in wenigen Stunden ein politischer Aufstand, aus einem Arbeiterprotest ein Volksaufstand, weil die Politik der SED gescheitert war – ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit.

Gerade nach der friedlichen Revolution von 1989 sollte sich eine neue Sensibilität für den 17. Juni entwickeln. Wir erinnern uns nicht so sehr an die enttäuschten Hoffnungen, an das Scheitern angesichts des Eingreifens der sowjetischen Panzer. In den Vordergrund treten vielmehr Freiheitssinn, Zivilcourage und engagierter Einsatz der Menschen, die die Zumutungen des DDR-Regimes nicht länger ertragen konnten und für ihre Aktivität einen hohen Preis zahlen mussten.

Wir sollten den 17. Juni als herausragendes Ereignis unserer demokratischen Entwicklung seit 1848 begreifen. Wir sollten uns dafür einsetzen, diesen Tag als Gedenktag zu begehen an einen Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit. Dazu wird jetzt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer sprechen.

Michael Sommer

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Der 17. Juni 1953 als Freiheitsbewegung

„Wir wollen freie Menschen sein“ - riefen die streikenden und demonstrierenden Arbeiter vor fünfzig Jahren, am 16. und 17. Juni 1953, in den Straßen Berlins. Es ist das Motto, unter dem die Arbeiterbewegung einst angetreten ist, das sie konsequent verfolgt hat, dem sie zum Durchbruch und zum Erfolg verholfen hat und das sie mit Zähnen und Klauen verteidigen wird.

Es wäre verwegen und unzulässig, diesen 17. Juni 1953 mit anderen Ereignissen der deutschen - gar der europäischen - Geschichte davor oder danach zu parallelisieren. Erlaubt ist hingegen der Blick auf einige Daten aus jener Freiheitsgeschichte, die, wie der frühere Bundespräsident Gustav Heinemann feststellte, in der Geschichtsdarstellung und Traditionspflege lange Zeit ziemlich stiefmütterlich behandelt worden sind. Ich denke an die Revolution von 1848, an den 20. Juli 1944, aber auch an den Volksaufstand in Ungarn 1956, die anderen Erhebungen gegen die Sowjetmacht und schließlich an die friedliche Revolution von 1989/90.

Seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts zeichnete sich ein ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Strukturwandel ab, der in seinen Ausmaßen mit dem zu vergleichen ist, was wir heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, durchleben. Institutionen und Werte, Verhaltensweisen und Gewohnheiten werden erschüttert, verändert, beseitigt.

Das Industriezeitalter trat seine ebenso zerstörerische wie segensreiche Herrschaft an. Besonders krass waren die Auswirkungen auf die arbeitenden Menschen. Die Landwirtschaft verlor endgültig ihre dominierende Rolle, auch viele Handwerker

gerieten, vor allem wegen zunehmender Konkurrenz, unter Druck. Die beginnende Groß- und Schwerindustrie hingegen brauchte Arbeiter in Hülle und Fülle - und verbrauchte sie. Insgesamt führte diese Struktur- und Anpassungskrise zu einer Verelendung erheblichen Ausmaßes.

Es ist also nicht verwunderlich, dass ein Augenmerk der an den vorrevolutionären und revolutionären Kämpfen beteiligten Handwerker und Arbeiter sozialen Fragen galt, besser gesagt: der „sozialen Demokratie“. Im „Offenburger Programm“ vom September 1847 heißt es beispielsweise: „Wir verlangen eine gerechte Besteuerung. Jeder trage zu den Lasten des Staates nach Kräften bei. An die Stelle der bisherigen Steuer trete eine progressive Einkommenssteuer.“ Und weiter: „Wir verlangen, dass die Bildung durch Unterricht allen gleich zugänglich werde. Die Mittel dazu hat die Gesamtheit in gerechter Verteilung aufzubringen.“ Und schließlich: „Wir verlangen Angleichung des Missverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital. Die Gesellschaft ist schuldig, die Arbeit zu heben und zu schützen.“ Diese Grundlagenforderungen nach sozialer Gerechtigkeit verbanden sich mit dem machtvollen Verlangen nach nationaler Einheit und eben - nach Freiheit. Hier wird jener Zusammenhang deutlich, der damals wie heute von fundamentaler Bedeutung ist: Freiheit steht immer in Relation zu sozialer Gerechtigkeit!

Die Hoffnung auf Freiheit beflügelte damals die Kämpfer ebenso wie die Dichter - darunter Ferdinand Freiligrath, Heinrich Heine, Ludwig Börne und Georg Büchner. Ein weniger bekannter, Adolf Glaßbrenner, schrieb: „Mit den rostigen Freiheiten ist es vorbei. Die Freiheit! Sie muss es werden.“ Sie wurde ihnen nicht, wir wissen es. Denn die Revolution wurde militärisch niedergeschlagen, das Bündnis zwischen liberalen Bürgern, Handwerkern und Arbeitern zerbrach. Die Freiheit wurde auf dem Altar der Einheit geopfert. Die Hoffnungen des Revolutionsjahrs 1848 waren für viele Jahrzehnte verschüttet.

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, der in das Attentat Stauffenbergs gegen Hitler am 20. Juli 1944 mündete, hat ebenfalls, wie Joachim Fest es ausgedrückt hat, „die eigene Sterbestunde kaum überdauert“. Auch diese deutsche Freiheitsbewegung hat sich nicht im allgemeinen Gedächtnis verankert; ihre Vorstellungen und Ziele haben sich nicht eingepägt. Selbstkritisch füge ich hinzu, dass bei den Gewerkschaften die Erinnerung an einen Mann wie Wilhelm Leuschner, der eine so bedeutende Rolle im Widerstand des 20. Juli gespielt hat, nicht intensiv genug gepflegt worden ist.

Otto Suhr, der spätere Regierende Bürgermeister von Berlin, hat 1948 davor gewarnt, die Revolutionäre von 1848 oder die Frauen und Männer des 20. Juli 1944 allein nach Erfolg und Misserfolg zu bemessen: „Im Gegenteil, wenn das deutsche Volk endlich die Demokratie begreifen will, dann muss es seine Helden des Friedens und der Freiheit achten lernen.“ Und derselbe Otto Suhr sagte am Abend des 17. Juni 1953 bei der Sondersitzung des Berliner Abgeordnetenhauses in einer Rede, in der er den Opfern des März 1848 und des 20. Juli 1944 jene dieses Tages an die Seite stellte: „Es leben Energien und Kräfte in Deutschland, um die Freiheit zu erkämpfen. Aber sie reichen allein nicht aus, sie brauchen die Unterstützung der Welt. Wenn überall die gleichen Energien lebendig wären wie in den Bürgern des Ostens am 17. Juni, kann und wird dieser Geist die Gewalt sprengen und über sie triumphieren.“

Die Bauleute, die am 16. Juni durch Berlin marschierten und damit den Volksaufstand initiierten, waren keine Aufrührer, keine Revolutionäre im herkömmlichen Sinne. Sie rebellierten gegen Normerhöhungen und zu geringen Lohn, gegen unzumutbare Lebensbedingungen und eine unerträgliche Propaganda.

Aber zu diesem, man könnte beinahe sagen: normalen gewerkschaftlichen Protest kam sehr schnell etwas anderes hinzu:

das Verlangen nach politischer Freiheit oder, wie es Georg Leber ausgedrückt hat, der Aufbruch in die Freiheit. Es hatte schon lange gekriselt in der DDR - die Versorgung der Bevölkerung funktionierte schlecht, während die Einkommen sanken. Da war die Kampagne des FDGB zur „freiwilligen“ Normerhöhung im Frühjahr 1953 nur der letzte Auslöser des Zorns bei den Arbeitern.

Wie man überhaupt sagen muss, dass der FDGB sowohl vorher als auch während des Aufstands und danach eine unrühmliche Rolle gespielt hat. Er hatte sich, nach tastendem und unsicherem Beginn, mehr und mehr zu einem Herrschaftsinstrument der SED machen lassen und sich damit von den Prinzipien und Ideen der freien Gewerkschaften gelöst. Die Arbeiter standen insofern auch gegen diese Perversion ihrer eigenen Interessenvertretung auf.

Es ist und bleibt das große Verdienst der gewerkschaftlichen Nachkriegsgeneration, die 1949 den DGB gründete, dass sie das freiheitliche Prinzip für die Gewerkschaftsbewegung mit der Einheitsgewerkschaft verbunden hat. Freiheit und Unabhängigkeit von Parteien, von Regierungen und von Arbeitgebern - dieses Erbe aus der Nachkriegszeit haben wir zu hüten wie unseren Augapfel! Freiheit und Unabhängigkeit - sie gaben uns in den vergangenen Jahrzehnten die Kraft, selbstbewusst die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu vertreten, ohne das Gemeinwohl aus ideologischen Gründen aus dem Blick zu verlieren!

Wir sollten, auch noch nach 50 Jahren, daraus den Schluss ziehen, dass es für Gewerkschaften existenziell ist, stets die Interessen ihrer Mitglieder im Auge zu behalten. Sie dürfen nicht, wie in der DDR geschehen, zum Transmissionsriemen einer Ideologie oder Doktrin werden. Und sie dürfen ebenso wenig zum verlängerten Arm einer politischen Partei werden. Auch

insofern war die Entscheidung für die Einheitsgewerkschaft richtig - und sie bleibt es. Sie hat uns jedenfalls bislang vor groben Fehleinschätzungen der Mitgliederinteressen bewahrt.

Diejenigen, die nach 1945 den Aufbau der freien Gewerkschaften voran getrieben haben, sie haben die Lehre aus jener fatalen Zersplitterung der Gewerkschaften gezogen, die zu ihrer Schwäche am Ende der Weimarer Republik beigetragen hat. Mit ihrem Aufruf „Schafft die Einheit!“ und der folgenden Entscheidung für die Einheitsgewerkschaft wurde eine Organisationsform geschaffen, die sich nicht nur bewährt hat - ich sehe auch heute keine Alternative dazu. Die Gewerkschaften haben, das sei allen, die sie heute wieder mies zu reden und zu machen versuchen, ins Stammbuch geschrieben, maßgeblich zur politischen Entwicklung, zur ökonomischen und sozialen Stabilität der Bundesrepublik beigetragen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir das im Rahmen und mit der Einheitsgewerkschaft weiterhin am besten können. Dazu müssen - und ich füge heute sehr bewusst hinzu - dazu wollen wir alle gemeinsam ihre Grundlagen, ihre Prinzipien, ihre Spielregeln beachten.

Zurück in den Juni 1953. Nachdem eine höfliche Eingabe an Ministerpräsident Grotewohl ohne Antwort geblieben war, stiegen die Maurer und Zimmerer am 16. Juni von den Gerüsten an der Stalinallee. Hunderte und Tausende schlossen sich ihnen auf ihrem Weg ins Regierungsviertel an. Dort wurden die Rollgitter geschlossen und die Gewehre gesichert. Kein Verantwortlicher zeigte sich, kein Mächtiger widmete sich den berechtigten Forderungen der Arbeiter, nahm gar die Normerhöhung zurück.

Spätestens jetzt kam zu dem Ruf „Nieder mit den Normen“ eine weitergehende Forderung der Volksversammlung hinzu: „Wir fordern den Rücktritt der Regierung und freie geheime Wahlen!“ Und: „Wenn Ulbricht oder Grotewohl nicht in einer halben Stunde hier sind, dann marschieren wir durch die Straßen

und rufen zum Generalstreik auf.“ Ulbricht und Grotewohl erschienen bekanntlich nicht.

Am nächsten Tag entwickelte sich der Protest zum Volksaufstand im ganzen Land, zur Revolution, zum „ersten Massenaufstand im Zeitalter des Totalitarismus.“ Wir wissen: Kaum 12 Stunden später rollten die sowjetischen Panzer, 24 Stunden später wurde der Kriegszustand verhängt. Die Revolution wurde niedergewalzt, sozusagen im Keime erstickt. Hans Dohrenbusch hat das in Zeilen verewigt, die am 26. Juni 1953 in der „Welt der Arbeit“ erschienen:

***Dann kamen die Henker mit Panzern und Waffen,
und sie schossen
die mit den leeren Händen
und dem grenzenlosen Mut
in die Unsterblichkeit,
denn die leeren Hände
schrieben mit ihrem Blut
ein neues Blatt
in die strahlende
immerwährende Geschichte der Freiheit.***

Er hat den Opfern damit ein Denkmal gesetzt. Nach wie vor wissen wir nicht ganz genau, wie viele es waren, es dürften insgesamt mehr als 100 gewesen sein. Wir gedenken ihrer in Respekt und Trauer.

Die Revolution von 1953 hatte, auch wenn sie unvollendet blieb, in dieser kurzen Zeit eine Intensität entfaltet und Horizonte aufgezeigt, wie das weder 1848 noch 1944 möglich war.

Ja, es stimmt: ihre unmittelbaren Folgen waren mehr Überwachung, mehr Spitzelei, mehr Unterdrückung. Aber das Fanal

gegen die kommunistische Herrschaft stellte sie auf Dauer bloß.

Und auch wenn die Forderungen nach Freiheit und Demokratie unerfüllt blieben, so stimmt doch, was einer, der dabei gewesen ist, der Brigadier Heinz Homuth, bei der Gedenkfeier der IG Bau-Steine-Erden vor zehn Jahren gesagt hat: „Wir haben damals vor 40 Jahren den Grundstein für die Freiheit gelegt, in der wir heute alle gemeinsam leben können.“

Ja, es stimmt: Zwischen dem Sturz des SED-Regimes 1989 und dem 17. Juni 1953 besteht ein enger Zusammenhang, erkennt man viel Vergleichbares: zunächst politische und soziale Einzelforderungen, dann der Wunsch nach Freiheit und Demokratie, schließlich nach Wiedervereinigung. Der ausschlaggebende Unterschied: Diesmal rollten keine russischen Panzer. Allen Freiheitserhebungen, die dem 17. Juni im Osten folgten - der Volksaufstand in Ungarn 1956, der Prager Frühling von 1968 - hat das militärische Eingreifen der Sowjets ein Ende gesetzt. Nur 1981 in Polen hielten sie sich gegen „Solidarnosc“ zurück.

Wir sind dankbar für die Vollendung des unterdrückten Aufbruchs von 1953. Die Freiheit, die damals unerreichbar blieb, ist ebenso Wirklichkeit geworden wie die Einheit, die nach 1953 kaum noch möglich schien. Diese beinahe unglaubliche Wendung war und ist ein unerhörtes, unschätzbares historisches Ereignis - und es war, ist und bleibt eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Herausforderung.

Mehr und mehr stellt sich heraus, dass wir inzwischen auf einen anderen, einen vielleicht sublimeren Aspekt von Freiheit zu achten haben als jenen elementaren, um den es vor fünfzig Jahren ging. Die Freiheit des Einzelnen und die Freiheit aller stehen nicht nur im Zusammenhang, sie können auch in gefährliche

Spannungsverhältnisse geraten. Freiheit für alle ist nur auf der Grundlage von sozialer Gerechtigkeit möglich. Und diese wiederum unterscheidet die soziale Marktwirtschaft vom zügellosen Kapitalismus. Die Notwendigkeit, den Sozialstaat umzubauen, den Gegebenheiten der Informations- und Wissensgesellschaft anzupassen, ist unbestreitbar und unbestritten. Aber wie geschieht das? Indem Kranken, Alten, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern neue Opferbereitschaft aufgezwungen wird? Und wie steht es um die viel zitierten starken Schultern, die angeblich auch mehr tragen können? Sind sie aufgrund des unweigerlich auftauchenden Hinweises, solche Frage verrate ja nur den Neid, geschützt? Günter Gaus hat kürzlich auf die inzwischen verbreitete gesellschaftliche Amoral hingewiesen und darauf, dass das Verständnis „für eine Freiheit, die eine Freiheit von Ängsten ist“, derzeit weithin verschüttet sei.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat seit ihren Anfängen in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts auch und gerade dafür gewirkt und gekämpft, dass auch die vielen, die nicht mit materiellem Reichtum versehen sind, sozial gesichert sind und sich deshalb frei fühlen können. Sie sind dafür beschimpft, angefeindet, verfolgt, ja sogar verboten worden - nicht wenige haben ihr Leben hingeben müssen. Wir halten, auch wenn wir dafür als Unbelehrbare, als Betonköpfe und was es an verletzender Begrifflichkeit sonst noch geben mag, bezeichnet werden, an dieser Tradition unbeirrt fest, weil wir wissen, dass sie am Beginn des 21. Jahrhunderts noch ebenso zutrifft wie am Beginn des 19. Jahrhunderts.

Die Erinnerung an die Freiheitsbewegungen in der jüngsten deutschen Geschichte, deren wichtiger Teil der 17. Juni 1953 ist, war über lange Zeit nicht lebendig und ausgeprägt. Deren Erfolglosigkeit und die mit ihnen vielfältig verbundenen Schuldgefühle sind als Begründung dafür angeführt worden. Ich habe das Gefühl, dass fünfzig Jahre nach dem Volksaufstand das Interesse

daran ebenso wächst wie unser Wissen darüber. Hoffentlich geraten die Zusammenhänge zwischen Freiheit und sozialer Gerechtigkeit derweilen nicht ebenso aus dem kollektiven Gedächtnis. Die Folgen wären unabsehbar.

Wolfgang Thierse

Präsident des Deutschen Bundestages

Die Bedeutung des 17. Juni 1953 für die politische Kultur in Deutschland

Der Umgang mit dem Gedenktag in den Jahrzehnten nach 1953 ist kritikwürdig: im Westen ein ritualisiertes Gedenken, bei dem mehr und mehr frühe DDR-Flüchtlinge und politische Repräsentanten der Bundesrepublik unter sich blieben – ansonsten war es bloß noch ein in den sozialen Besitzstand übergegangener arbeitsfreier Tag –, im Osten funktionierte die angstbesetzte Tabuisierung des Aufstandes und seiner Helden und Opfer, wie von der SED gewünscht und erzwungen.

Ich zweifle, ob es weiterhilft, die Ursachen dieses zwiespältigen Umgangs, dieses langen Desinteresses als eine Schuld der einen oder der anderen zu kritisieren. Denn man vergisst dabei etwas ganz Menschliches: Niederlagen lassen sich nicht gut feiern. Das ist meine Wahrnehmung des 17. Juni 1953. Es war eine Niederlage der Arbeiter im Arbeiter- und Bauernstaat. Sie war ein erster Schritt in die Resignation von vielen Ostdeutschen, und die Niederlage wurde zu einem Baustein für die Festigung der Macht der SED und Ulbrichts persönlich. Dessen Auswechslung war – was damals natürlich niemand wusste – in Moskau praktisch schon beschlossene Sache, unterblieb aber, weil man dem Volk diesen Gefallen nach dem Aufstand nicht mehr tun wollte. Moskau ging es um die Demonstration der Macht. Das hatte die SED-Politik längst deutlich gemacht – was in die Vorgeschichte des 17. Juni gehört. Die Erhöhung der Arbeitsnormen brachte ja nur die sich längst anstauende Empörung der Menschen zum Ausbruch. Sie war Anlass; Gründe gab es noch viele andere.

Wer diese bittere Ironie der Geschichte, diese Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen nicht sieht, der kann kaum ermessen, welchen Fortschritt in der politischen Kultur es bedeutet hat, dass den DDR-Bürgern 1989 eine friedliche Revolution gelang, richtiger: gelingen konnte. Trotz der sowjetischen Panzer und Soldaten, die ja immer noch im Lande waren.

Etwas Entscheidendes hatte sich 1989 geändert: Die sowjetische Führung unter Gorbatschow wagte den Ausstieg aus der Jahrzehnte währenden unseligen Geschichte kommunistischer Gewaltherrschaft, in der die Niederschlagung der Emanzipationsbestrebungen in den sozialistischen Bruderstaaten auf immer zu den schwärzesten Kapiteln zählt. Denn was 1953 in der DDR passierte, wiederholte sich ähnlich 1956 in Polen, schlimmer noch im selben Jahr in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei.

1989 bewies Gorbatschow, dass er und die sowjetische Führung es ernst meinten mit dem Neuen Denken, mit dem Ausbrechen aus den tradierten Feindbildern. Die Moskauer Führer hatten ihre historische Lektion gelernt. Das ist meine erste Antwort auf die Frage nach der Bedeutung des Juniaufstandes für die politische Kultur in Deutschland und in Europa. Der 17. Juni hatte eine Langzeitwirkung – sogar in der Sowjetunion. Er prägte dort, wenn auch sehr verzögert, das Denken von Politikern.

Ich halte fest: Wenn wir nach der Bedeutung des 17. Juni 1953 für die politische Kultur fragen, dann lohnt es sich, über den deutschen Tellerrand hinaus zu blicken. Eines jedenfalls ist unbestritten: Ohne Eingreifen der sowjetischen Panzer hätten wir schon 1953 die Einheit bekommen, denn Ulbrichts Regierung, seine SED waren am 17. Juni praktisch entmachteten worden. Was allerdings passiert wäre, wenn 1989 die Rote Armee ihren Juni-Einsatz wiederholt hätte, mag ich mir nicht wirklich ausmalen.

Dass die Revolution von 1989 anders als die von 1953 friedlich verlief – ohne Blutvergießen, ohne Panzer, ohne Standgerichte – war ein großes Glück, ein Riesenerfolg. Nur eines war es nicht: selbstverständlich. Revolutionen in Deutschland gingen selten gut aus, das sollten wir auch nach 1989 nicht so schnell vergessen.

Wie lässt sich nun die Bedeutung des Juniaufstands für die politische Kultur heute beschreiben? Hier zögere ich mit einer Antwort. Zwar war in den letzten Wochen vieles über dieses Ereignis in den Zeitungen zu lesen. Es gab und gibt zahllose politische Veranstaltungen, tägliche Zeitzeugenberichte im Radio, Wettbewerbe in Schulen, einige Fernsehfilme und Dokumentationen, neue Sachbücher. Doch wie lange hält das Interesse an? Laut einer aktuellen Umfrage des ZDF (Mai 2003) kann nur knapp die Hälfte aller Deutschen mit diesem Datum etwas anfangen, ihm das richtige historische Ereignis zuordnen. Der 17. Juni war im Laufe der Jahrzehnte immer mehr verdrängt worden, fast schon in Vergessenheit geraten. Das ändert sich jetzt hoffentlich. Am 50. Jahrestag und fast 13 Jahre nach der staatlichen Einheit fallen offenbar politische Scheuklappen, die bisher den Blick verstellt haben. Plötzlich können wir uns die Geschichten der Zeitzeugen anhören, können einfach nacherzählen, was die Forscher aus den Archiven heben, und siehe da, die Nebel des Kalten Krieges lichten sich. Die tatsächlichen Vorgänge, die tatsächliche Wut der Arbeiter und aller, die sich ihnen angeschlossen hatten, übrigens auch die Unlust vieler sowjetischer Soldaten, an diesem Tag ihre Befehle auszuführen, sprechen für sich selbst. Man braucht keine angeblichen Provokateure aus dem Westen, um den Aufstand zu erklären und auch kein nationales Pathos. Was da wirkte, war politischer, sozialer Unmut, er mündete in das, was freie Gewerkschaften ausmachten: die Leute wollten mehr materielle Gerechtigkeit, wollten mehr politische Freiheit und Selbstbestimmung. Die da unten wollten nicht mehr weiter wie bisher! Leider konnten die da

oben noch, weil die Sowjetunion noch Machtmittel hatte und anwenden wollte. Die revolutionäre Situation, dass beides zusammenkommt, der Unwille von unten und das Unvermögen von oben, die entstand erst 36 Jahre später.

Also erzählen wir die Geschichte. Die Vorgeschichte des 17. Juni lässt sich in Stichworte fassen: Gängelung der Menschen durch den Staat, Enteignung des Mittelstandes, Schließung kleiner Privatbetriebe, Vertreibung der Bauern von ihren Höfen, Verfolgung der Jungen Gemeinden, Diffamierung der Kirchen, ideologische Bevormundung in Betrieben, Schulen und Universitäten, Kampf gegen die überall vermuteten Überreste der Sozialdemokratie.

Die SED regierte ihren Staat und „ihre“ Bürger, die kaum Bürgerrechte hatten, im stalinistischen Geist und mit brutaler Härte. Schon wegen kleinster Vergehen, etwa wegen des Diebstahls von Nahrungsmitteln aus purer Not landeten damals viele tausend Menschen im Gefängnis. Mein Vater war Rechtsanwalt und hat zu Hause erzählt, wen er verteidigt hat und welche Niederlagen er und seine Mandaten vor Gericht einstecken mussten. Für so genannte „Staatsverbrechen“, wie etwa eine politische Parodie, gab es hohe Zuchthausstrafen. Kein Wunder, dass schon in den ersten drei Jahren nach Staatsgründung über eine halbe Million Ostdeutsche in den Westen flohen.

Als die SED-Führung im Juli 1952 den „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“ verkündete, hatte sie ihren moralischen Kredit, ihre Glaubwürdigkeit schon gründlich verspielt. Der Aufbau der Kasernierten Volkspolizei, der forcierte Ausbau der Schwer- und Grundstoffindustrie, die von oben angeordnete Schaffung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG's) und später von Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH's) – all diese Maßnahmen lösten eine ernste Wirtschafts- und Versorgungskrise aus. Die hohen Reparationslieferungen an

die Sowjetunion trugen das Ihrige bei. Die Lebensmittel wurden immer knapper und teurer. Konsumgüter für den täglichen Bedarf – Kleidung, Stoffe usw. – gab es kaum noch. Die alten Produktions- und Lieferstrukturen sind zerschlagen worden, ohne dass die neuen, sozialistischen funktionierten.

Und wie reagierten Ulbricht und sein Politbüro? Sie ordneten von oben erhebliche Leistungssteigerungen an. Im Mai 1953 erhöhten sie die für die Produktion entscheidenden Arbeitsnormen um zehn Prozent, was kräftige Lohnsenkungen zur Folge hatte. Doch mit dem Druck auf die Arbeiter wächst auch ihr Frust, wächst die Unzufriedenheit im ganzen Land. Die innenpolitische Krise spitzt sich bedrohlich zu. Anfang Juni 1953, drei Monate nach Stalins Tod, bestellt die verärgerte Sowjetführung die Spitzenfunktionäre der SED nach Moskau ein und verlangt radikale Kurskorrekturen. Doch der „Neue Kurs“ der SED, das Eingeständnis politischer Fehlentscheidungen, die Rücknahme der Normerhöhung, sie kommen zu spät, sie sind kein Ventil für die aufgestaute Wut der Arbeiter.

Schon seit Tagen hat es Versammlungen, meist nur kurze Arbeitsniederlegungen, gegeben. Die Initiative zu ersten größeren Streiks am 15. Juni 1953 ergreifen die Arbeiter auf den Großbaustellen im Friedrichshain und in anderen Berliner Betrieben. Am 16. Juni streiken die Stahlarbeiter in Hennigsdorf und in Berlin demonstrieren erst 700, am Ende dann mehrere Tausend Berliner Arbeiter mit Transparenten durch die Stalinallee in die Innenstadt. Ihnen geht es nicht mehr nur um die Normen auf dem Bau. Bei der spontanen Kundgebung am Haus der Ministerien erklingen erste Forderungen nach freien und geheimen Wahlen und nach dem Rücktritt der Regierung. Für den nächsten Tag, den 17. Juni, rufen die Arbeiter den Generalstreik aus.

Dieser Aufruf verbreitet sich wie ein Lauffeuer im ganzen Land. Am Morgen des 17. Juni kommt es in über 700 Ortschaf-

ten zu Protestaktionen der Bevölkerung: 600 Betriebe werden bestreikt, Gemeindeämter belagert, Gebäude der SED, der Polizei, der Staatssicherheit gestürmt, knapp 1.400 Häftlinge werden aus Gefängnissen befreit.

Was als Arbeiterprotest, als Arbeiterbewegung begann, mündete an diesem 17. Juni in einen Volksaufstand. Menschen aus allen sozialen Schichten – Arbeiter, Bauern, Angestellte, auch Angehörige der Intelligenz, Polizisten – verlangen mehr als nur eine Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Ihre Forderungen sind grundsätzlicher Natur: Sturz der Regierung, freie Wahlen, Zulassung der westdeutschen Parteien in der DDR. Den Demonstranten geht es um einen politischen Befreiungsprozess, der letztlich auf die Beseitigung der Zonengrenze und damit auf die Schaffung eines einheitlichen deutschen Staates in Demokratie und Freiheit zielt.

Zentren der Erhebung waren neben Berlin, Leipzig, Halle vor allem die Industriestandorte Leuna, Schkopau, Merseburg, aber auch Wolfen, Weißenfels, Eisleben. In jenen industriellen Ballungsräumen, die schon vor 1933 Zentren der deutschen Arbeiterbewegung waren, erreicht die Streikbewegung zum Teil auch einen hohen Grad an Organisation und Geschlossenheit: Streikleitungen werden gewählt und vernetzt, Belegschaften zwingen die Funktionäre, Resolutionen zu unterschreiben. Dennoch krankt der Aufstand von Beginn an daran, dass er ohne deutliche Führung, ohne starke überregionale Koordination bleibt. Ganz abgesehen davon, dass der zeitliche Spielraum begrenzt bleibt.

Am 16. und 17. Juni 1953 verlor die SED die Kontrolle über das Land. Nur durch das Eingreifen der Roten Armee, die 500.000 Soldaten in der DDR hatte, konnte der Aufstand niedergeschlagen werden. Panzer fahren auf, das Kriegsrecht wurde verhängt, Einheiten der Kasernierten Volkspolizei rückten an. Der 17. Juni fand ein blutiges Ende: Über fünfzig Menschen

wurden getötet, mindestens zwanzig standrechtlich erschossen. Nach Angaben der Birlhler-Behörde wurden in der Folgezeit mindestens 2.300 Teilnehmer am Volksaufstand von sowjetischen und DDR-Gerichten zu meist langen Zuchthausstrafen verurteilt.

Dass heute viele Ostdeutsche nur wenig über diese antistalinistische Erhebung wissen, ist Folge des Umgangs mit diesem Ereignis in der DDR. In den Wochen, Jahren und Jahrzehnten nach dem 17. Juni 1953 wurde der Aufstand propagandistisch umgedeutet als „Eingriff des faschistischen und monopolistischen Gegners aus dem Westen“. Auch wenn sich einige „irregeleitete Arbeiter“ zu Protesten hätten verführen lassen, habe doch die überwiegende Mehrzahl der Werktätigen fest zu Partei und Regierung gestanden. Diese verfälschende, verharmlosende Lesart des Juniaufstandes mutierte zur offiziellen Sprachregelung. Gleichwohl blieb der Volksaufstand im historischen Angstkalender der Regierenden präsent: Als sich im Sommer 1989 die innenpolitische Situation dramatisch zuspitzte, stellte der offenbar noch immer traumatisierte Erich Mielke seinen Offizieren im MfS die Frage: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“ Die Offiziere verneinten dies, sie vertrauten weiter auf die Überlegenheit des repressiven Apparats.

Der 50. Jahrestag des 17. Juni bietet Anlass, dieses historische Ereignis für unsere politische Kultur zurückzugewinnen. Dank der guten Archivlage, die sich in zahlreichen Publikationen widerspiegelt, ist es uns heute möglich, diesen Tag neu zu entdecken und gemeinsam, „gesamtdeutsch“ zu begehen – ohne ihn für einseitige Zwecke zu instrumentalisieren.

Kritik an der jahrzehntelangen Vernachlässigung dieses Aufstands in der politischen Kultur unseres Landes will ich allerdings nicht so sehr an den „von Amts wegen“ Zuständigen, also

an den Anderen üben. Fangen wir doch einmal bei uns selbst, bei den Ostdeutschen an.

Wir, die wir in der DDR lebten und mit kritischer Distanz das politische Geschehen im Lande verfolgten, haben uns bei unserer eigenen Traditionssuche viel lieber auf den Aufstand in Ungarn, 1956, auf die Helden in Prag, 1968, und später dann auf Solidarnosc berufen, statt auf den 17. Juni. Der Juniaufstand galt uns relativ wenig, wir haben ihn uns nicht wirklich zu eigen gemacht. Das mag mit der wenig rühmlichen Rolle vieler Schriftsteller und Intellektueller 1953 zu tun haben. Manche, die zu den kritischeren, deshalb glaubwürdigeren zählten, unterschieden selbst zwischen den für berechtigt gehaltenen, im engeren Sinne gewerkschaftlichen Forderungen und den für unerwünscht erklärten „konterrevolutionären Forderungen“ nach Demokratie und Freiheit, die logischerweise in die Forderung nach deutscher Einheit mündeten. Sie unterstützten damit im Ergebnis die offiziellen Darstellungen über diesen Aufstand. Es mag sein, dass viele in der DDR dem erlegen sind. Es mag aber auch sein, dass es die Niederlage war, an die man nur ungerne erinnert werden wollte. Die Jüngeren hatten dann ja noch die genannten weiteren Niederlagen zu verkraften: Eine davon war der Mauerbau, der durchaus zu den Folgen des 17. Juni gerechnet werden kann. Schmerzlich wurde deutlich, dass nicht nur die eigenen Machthaber, sondern auch der Westen über uns in der DDR entschied; dass der Westen im Kalten Krieg als Verbündeter für das Volk ausfiel. Das war ja schon am 17. Juni so.

Mit dieser Verdrängung und Resignation haben wir vor allem jenen Hunderttausenden Unrecht getan, die 1953 den Mut aufbrachten, ihren Protest gegen die Diktatur öffentlich zu machen, in den Streik zu treten, für Demokratie und Freiheit zu kämpfen. Diese Menschen verdienen den gleichen Respekt, die gleiche Anerkennung wie die Aufständischen in Budapest und Prag. Ich bin ausgesprochen dankbar, dass im Zuge der zahlreichen Ver-

anstaltungen zum 50. Jahrestag diese Akteure endlich aus dem Schatten der Geschichte treten und öffentliche Würdigung erfahren.

Übrigens, die Tatsache, dass der Aufstand gescheitert ist, nimmt seiner historischen Bedeutung nichts. Festzuhalten bleibt, dass die ostdeutschen Demonstranten vom Juni 1953 die Ersten waren, die sich in Osteuropa gegen das kommunistische System erhoben haben. Der Blick auf die Emanzipationsbewegungen in den sozialistischen Staaten nach 1945 weist dem Juniaufstand diesen exklusiven Platz zu. Das ändert nichts daran, dass es sich auch um die erste in einer langen Reihe von niederschmetternden Enttäuschungserfahrungen gehandelt hat. Es folgten Polen, Ungarn, der Mauerbau 1961, der Prager Frühling, die Ausbürgerung Biermanns 1976. Die Verbindung zu 1989 ist die Idee der Freiheit, die sich für Ostdeutschland nur in der Einheit erreichen ließ, und diese Kette immer neuer Enttäuschungen, die zunächst in Ohnmacht, Resignation und Flucht, am Ende aber zu dem Mut der Verzweiflung führten.

Ein herausgehobener Platz steht dem 17. Juni damit auch innerhalb der deutschen Freiheitsgeschichte zu – einer Geschichte, die nicht allzu viele erfolgreiche Daten aufzuweisen hat. Der 17. Juni ist ein Tag des Kampfes für demokratische Freiheiten in Deutschland. Von hier aus führte der Weg zur friedlichen Revolution von 1989.

Nachdem wir nun über ein Jahrzehnt die Einheit haben, können wir den 17. Juni 1953 auch als gesamtdeutsches Ereignis begreifen lernen, ganz im Sinne von Egon Bahr, der sagte: „Wir können stolz sein auf diesen Tag und das, was die Ostdeutschen gezeigt haben. Ohne ihren Mut hätte es weder den 17. Juni 1953 noch den 9. November 1989 gegeben. Der kleinere, bedrängtere Teil hat für das Ganze Geschichte geschrieben.“

Die politische Kultur unseres Landes wäre sehr viel ärmer ohne diesen Aufstand. Doch bei allem Stolz sollten wir uns stets auch der Verpflichtungen bewusst sein, die er uns auferlegt. Zur Verpflichtung des 17. Juni zählt, dass Deutschland ein solidarisches Land bleibt: Solidarisch gegenüber jenen Menschen, die noch immer in Unrechtssystemen leben müssen. Angesichts unserer eigenen Geschichte, unserer eigenen Erfahrungen kann uns die Unfreiheit anderer nicht gleichgültig lassen. Wir haben die Pflicht, auch auf internationaler Ebene für die Verteidigung der Freiheit und der Menschenrechte engagiert zu streiten. Zu unserer politischen Kultur gehört nicht zuletzt die Einsicht, dass wir die Feinde der Demokratie bekämpfen müssen, ehe sie stark werden, ehe sie Macht in ihren Händen halten.

Der Volksaufstand mahnt zu Zivilcourage, zu Solidarität gegenüber jenen Menschen, die sich in unserem Land mitunter nicht sicher fühlen können: Einwanderer, Obdachlose, Minderheiten. Wenn wir die innere Einheit sicher und gerecht gestalten wollen, dürfen wir die Verteidigung unserer demokratischen Werte weder dem Zufall noch der Beliebigkeit überlassen. Die Beschäftigung mit diesem Datum der deutschen Geschichte kann das Bewusstsein schärfen für die Kostbarkeit von Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und Demokratie.

Ich wünsche mir, dass die Gedenkveranstaltungen zum 50. Jahrestag des 17. Juni dazu beitragen, dieses revolutionäre Ereignis wieder in unsere Gedenkkultur einzugliedern und lebendig zu halten. Das wäre ein Gewinn für unsere Demokratie.

Christoph Kleßmann

Die Gewerkschaften und die Diktaturen in Deutschland im 20. Jahrhundert

I.

Als die Bauarbeiter der Stalin-Allee am Vormittag des 16. Juni 1953 ihren spontanen Demonstrationzug formierten, stand zunächst die aktuelle Forderung nach Normsenkung im Mittelpunkt. Doch bereits der immer wieder skandierter Ruf „Kollegen, reiht Euch ein, wir wollen freie Menschen sein!“ und gegen Mittag - vor der verschlossenen FDGB-Zentrale und dem verschlossenen Haus der Ministerien an der Leipziger Straße – die Forderung nach freien Wahlen machten deutlich, dass es längst um mehr ging als um die Arbeitsnormen. Gerhard Beier hat daher seinem Buch über die Bauarbeiter die Parole „Wir wollen freie Menschen sein“ als Titel gegeben. Der alte Streit, ob soziale oder politische Forderungen der Arbeiter den Aufstand am folgenden Tag bestimmt hätten, erscheint mittlerweile müßig. Denn angesichts der politischen Konstellation einer weit verbreiteten, tiefen Unzufriedenheit mit der SED-Diktatur mussten soziale Forderungen fast zwangsläufig politische Qualität annehmen, da es keine Mechanismen der Konfliktregulierung gab. Das verweist auf den wichtigsten Teil des Themas, an das heute auf dieser Veranstaltung in einem breiteren historischen Horizont erinnert werden soll: Ohne politische Freiheit lassen sich genuine Ziele der Arbeiterbewegung nicht realisieren. Das war auch eine der bitteren Lehren von 1933. Die Einsicht brach sich in der Krise 1953 erneut eruptiv Bahn und ließ die Arbeiter des „ersten Arbeiter- und Bauernstaates“ schnell nach freien Wahlen und nach dem Sturz Ulbrichts rufen.

Als die Gewerkschaften im 19. Jahrhundert entstanden, mussten sie sich zwar elementare Rechte wie die Koalitionsfreiheit erst gegen massive rechtliche Restriktionen und politische Wi-

derstände erkämpfen, aber welche Möglichkeiten der Unterdrückung und Manipulation einer freien Arbeiterbewegung modernen Diktaturen zur Verfügung stehen, davon konnte sich damals niemand eine annähernde Vorstellung machen.

Moderne Diktaturen zeichnen sich dadurch aus, dass sie neben verfeinerten Methoden der Repression verstärkt um Konsens und Akklamation bemüht sind. Kommunistische Diktaturen beanspruchten ausnahmslos, modern in einem besonderen Sinne zu sein. Sie glaubten sich im Einklang mit der langfristigen ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung. Sie wollten mit beschleunigter Industrialisierung, mit umfassender Sozialpolitik und tiefgreifenden Bildungsreformen eine moderne und humane sozialistische Gesellschaft realisieren – aber mit Gewalt, wo Überzeugung versagte. Gewerkschaften als größte Massenorganisation erhielten in diesem Konzept einen zentralen Stellenwert. Ihre Struktur und Funktion wurde jedoch gegenüber ihren Ursprüngen einschneidend verändert. Der Emanzipationsanspruch der Entstehungszeit mündete in die manipulierte Unterordnung unter eine selbst ernannte politische Avantgarde.

Wie verschlungen die Wege zur Ausbildung einer schlagkräftigen gewerkschaftlichen Großorganisation in Deutschland und in anderen europäischen Ländern auch verliefen – eine Maxime stand nirgendwo ernsthaft zur Debatte: dass soziale Emanzipation und politische Freiheit eng miteinander verflochten sein müssen. So stellte der Vereinstag der deutschen Arbeitervereine, als er sich dem Programm der „Internationalen Arbeiter-Association“ anschloss, 1868 in Nürnberg fest: „Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.“ Das Dilemma aller kommunistischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts war und blieb es, dass sie die soziale Frage auf andere Weise lösen wollten und

ihre Definition von Volksdemokratie dieser Strategie einseitig unterordneten. Damit wurde die unabdingbare Autonomie gewerkschaftlicher Organisationen als Interessenvertretung an die Herrschaft der „führenden Partei“ gebunden. Dies war neu in der Arbeiterbewegung. Zwar war auch in der freien sozialistischen Arbeiterbewegung das Verhältnis von Gewerkschaft und Arbeiterpartei nie konfliktfrei gewesen und dieses Thema besitzt ja auch gegenwärtig sehr aktuelle Bezüge. Das kommunistische, genauer leninistische Gewerkschaftsverständnis kollidierte jedoch grundsätzlich mit dieser Tradition.

Entgegen der Wahrnehmung in der bürgerlichen Öffentlichkeit zeigt die Entstehungsgeschichte der Gewerkschaften in Deutschland aber neben sozialer Emanzipation und politischer Freiheit noch eine dritte Komponente, die sich im Grunde durch ihre gesamte Geschichte zieht: Der Kampf um Verbesserung der sozialen Lage war latent oder offen immer mit der Nation als Bezugsgröße verbunden. Damit ist nicht nur gemeint, dass sich alle Aktivitäten zur Verbesserung der Lage der Arbeiter zunächst im Rahmen der jeweiligen Nationalstaaten vollzogen. Dass die Arbeiter kein Vaterland haben, gehörte zu den großen Fehleinschätzungen des Kommunistischen Manifests. Vielmehr ist die doppelte Loyalität von sozialer Befreiung und nationaler Bindung gerade in der Gewerkschaftsbewegung frühzeitig erkennbar. Internationalismus stand dieser doppelten Loyalität keineswegs per se im Wege, auch wenn zwischen Programm und Wirklichkeit oft eine beträchtliche Kluft klaffte, wie sich etwa an den über 120 Jahre andauernden, oft mit nationalistischen Argumenten geführten Diskussionen über die Einwanderung ausländischer Arbeiter demonstrieren lässt.

Diese Trias von sozialem Emanzipationsanspruch, politischer Autonomie und nationalem Bewusstsein kann man als roten Faden der Arbeiter- und Gewerkschaftsgeschichte auch im 20. Jahrhundert im Zeitalter neuartiger Diktaturen verfolgen. Sie

lässt sich als Rahmen gewerkschaftlicher Handlungsorientierung verstehen und kann dazu beitragen, die Errungenschaften und Misserfolge, die Leistungen und fatalen Irrtümer, die Beiträge zur Ausbildung einer Zivilgesellschaft und die Sackgassen des politischen Verrats an den eigenen Zielen deutlicher zu erfassen und in die höchst ambivalente, demokratische und diktatorische Geschichte des 20. Jahrhunderts einzuordnen. Ich werde mich hier auf Deutschland beschränken und nur ganz wenige Seitenblicke auf Osteuropa werfen.

II.

Bereits die umstrittene Burgfriedenspolitik im Ersten Weltkrieg und die viel geschmähte Kooperation in der Zentralarbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern im November 1918 machten deutlich, wie stark die Einbindung der jetzt als Tarifpartner anerkannten Gewerkschaften in den Nationalstaat war, wie weit gewerkschaftlicher Pragmatismus und Revolutionsrhetorik auseinanderfielen und welchen hohen Stellenwert nüchternes Ordnungdenken in der chaotisch erscheinenden Situation nach Kriegsende besaß. Die Handlungsspielräume in der Anfangsphase der Weimarer Republik waren wahrscheinlich größer, als sie von der Mehrheitssozialdemokratie und den Freien Gewerkschaften wahrgenommen wurden.

Andererseits bot die neue Republik als Sozialstaat große Chancen, die durch radikale Forderungen der nationalen Rechten und der sozialistischen Linken wieder bedroht wurden. Insofern waren die Gewerkschaften gleichermaßen Ordnungsfaktor in einer unübersichtlichen Lage und Gegenmacht im schnell wieder gefestigten kapitalistischen Wirtschaftssystem.

Gerade vor diesem Hintergrund stellt sich die nachdrückliche Frage, warum die Gewerkschaften – vor allem die Freien, aber auch die Christlichen und Hirsch-Dunckerschen – als Verteidiger der Weimarer Republik 1932/33 allzu schnell vor der he-

raufziehenden braunen Diktatur kapituliert haben. Ohne diese deprimierenden Erfahrungen in der Agoniephase von Weimar sind charakteristische Entwicklungen und Lernprozesse der Nachkriegszeit im gespaltenen Deutschland nicht zu verstehen. Hätten die Gewerkschaften die Weimarer Republik retten können und gab es eine Alternative zur Strategie 1933, durch Anpassung die Organisation zu retten? War das eine Strategie, der Ermordung durch Selbstmord zu entgehen? Hätte aktiver Widerstand schon gegen Franz von Papens „Preußenschlag“ 1932, d.h. die gewaltsame Absetzung der parlamentarisch getragenen sozialdemokratischen Regierung Otto Braun, das Ende der organisierten Arbeiterbewegung verhindern können? Auf diese schon von den Zeitgenossen und von Historikern heftig und kontrovers diskutierten Fragen gibt es bis heute keine eindeutigen Antworten.

Man tut jedoch gut daran, Urteile vorsichtig zu formulieren und an eine genaue Analyse der Zeitumstände zu binden. Der für die Spätzeit der Weimarer Republik zu Recht oft diagnostizierte Immobilismus der SPD und der Freien Gewerkschaften hatte nicht nur mit der Spaltung der Arbeiterbewegung zu tun, sondern auch mit der manifesten Krise des Sozialstaats, dessen Ausbau zu den großen Errungenschaften der ersten deutschen Republik gehörte. Den diesen Sozialstaat tragenden Kräften, weniger dem radikalen kommunistischen Zweig, galt primär der Kampf der politisch organisierten Schwerindustrie, wie Bernd Weisbrod gezeigt hat. Die „staatstragende“ reformistische Arbeiterbewegung geriet damit in eine fatale Zwangslage gegenüber dem wachsenden Radikalismus von links und den sozusagen etablierten Gegnern des Sozialstaats von rechts. Schon Ludwig Preller hat in seiner klassischen Darstellung der Weimarer Sozialpolitik von 1949 auf die wachsende Entfremdung zwischen Führern und der Masse der Anhänger bei SPD und Gewerkschaften hingewiesen. Die Mehrheit der Mitglieder sah „nur die steigende Belastung der Arbeitnehmerschaft, die anwach-

sende Arbeitslosigkeit und verstand die Beweggründe einer Politik nicht, die um der Demokratie und der Arbeitnehmerschaft willen sich veranlasst fühlte, eine Politik zu stützen, die in den Augen der breiten Massen nur ständige Siege der privatkapitalistischen Wirtschaft mit sich brachte.“ Diesem Dilemma zu entkommen, war äußerst schwierig, gleich welchen Kurs man einschlug.

Der ADGB hat schließlich die Rettung eher in der Anpassung gegenüber den Mächtigen gesehen. Alternativen wie Einheitsfront mit dem Kommunisten und Generalstreik gegen Hitlers Machtergreifung waren unter den gegebenen Bedingungen unreal. Im Frühjahr 1933 hatten rund zwei Drittel der Gewerkschaftsmitglieder keinen regulären Arbeitsplatz mehr. Die offizielle Arbeitslosenzahl war insgesamt auf über 6 Mio. angewachsen. Die tatsächliche lag noch höher. Aber rechtfertigte das den nahezu bedingungslosen Kotau der Gewerkschaftsführung gegenüber den neuen braunen Machthabern? Nach den bereits manipulierten, wenn auch noch halbwegs freien Reichstagswahlen vom März 1933 erreichte dieser Anpassungskurs seinen Höhepunkt. Die ADGB-Führung distanzierte sich offen von der Sozialdemokratie und beteuerte ihre Loyalität zum neuen Staat. „Die sozialen Aufgaben der Gewerkschaften müssen erfüllt werden“, erklärte der Bundesvorstand zwei Tage vor Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes, „gleichviel welcher Art das Staatsregime ist.“ Das bedeutete nicht nur die Trennung von der SPD, sondern auch die Verabschiedung von der Demokratie. Dieser Weg gipfelte dann in den bekannten fatalen Vorgängen mit der Aufforderung an die Mitglieder, sich an den nationalsozialistischen Kundgebungen zum 1. Mai zu beteiligen. Der traditionsreiche Tag der Arbeiterbewegung mit hoher Symbolkraft wurde zum „Feiertag der nationalen Arbeit“ erklärt und „volksgemeinschaftlich“ umgedeutet. Nicht nur die Führung der Christlichen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunckerschen, sondern auch der Bundesausschuss des ADGB rief die Arbeiter

zur Beteiligung an diesem nationalistisch pervertierten sozialen Spektakel auf.

Die Historiographie ist sich weitgehend einig, dass man diesen Kurs - mit den Worten Klaus Schönhovens - nur als „Selbsterniedrigung und Selbsttäuschung, politischen Realitätsverlust und programmatische Konzeptionslosigkeit“ charakterisieren kann. Die ungewollte und unerwartete Quittung kam bekanntlich sofort. Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaftshäuser besetzt, zahllose Funktionäre verhaftet, das Vermögen beschlagnahmt, die Organisation zerschlagen. „In Verhaftung, Folter und Mord“, so bilanziert Michael Schneider die Vorgänge, „tobte sich der Hass der Nazis gegen die Freien Gewerkschaften aus. Offiziell wurde die Zahl von 50 Verhafteten angegeben. In Wirklichkeit waren es Hunderte. Die meisten der Verhafteten wurden nach wenigen Tagen – bis Mitte Mai – freigelassen, mussten sich aber von nun an wöchentlich bei der Polizei melden und wurden auch später immer wieder verhaftet. Andere wurden für Jahre ins Konzentrationslager verschleppt.“ Etliche wurden in den Selbstmord getrieben oder unter ungeklärten Umständen umgebracht.

Die große Masse der Mitglieder hatte nach der politischen Kapitulation der Gewerkschaftsspitze und der Gewaltaktion der Nazis kaum eine andere Option, als sich anzupassen, um zu überwintern. Erleichtert wurde eine solche Haltung durch die Hoffnung, die in der gesamten Linken weit verbreitet war, das Hitler-Regime würde schnell wieder abwirtschaften. Zudem läßt sich nicht übersehen, dass die „nationale Erhebung“ in der Bevölkerung insgesamt und auch unter der Arbeiterschaft auf breite Zustimmung stieß. Alle Richtungsgewerkschaften hatten sich dieser Stimmung auch insofern angepasst, als sie sich noch Ende April 1933 um einen engeren Zusammenschluss bemühten, der im „Führekreis der vereinigten Gewerkschaften“ seinen Ausdruck fand. Das entsprechende programmatische Dokument ist

erst nach 1945 bekannt geworden. Dieses Einheitsabkommen sollte die „geistige Grundlage der Einheitsgewerkschaft“ klären, machte eine tiefe Verbeugung vor der „nationalen Revolution“ und verzichtete auch nicht auf rassistische Nebentöne („Förderung eines gesunden Staates und Volkes“) und trug so zur Gleichschaltung bei.

Dennoch wurde dieser Anpassungskurs von Einzelnen nicht ohne Widerstreben mitgetragen. Zu den Skeptikern des Beschlusses der ADGB-Führung gehörte Wilhelm Leuschner. Er war einer derjenigen, die nach dem Debakel konsequent den Weg in den Widerstand gingen. Er suchte den Kontakt zu den Verschwörern des 20. Juli und bezahlte dafür 1944 mit seinem Leben. In der Bundesrepublik wurde er zu einer der zentralen Traditionsfiguren der neuen Gewerkschaftsbewegung. In der DDR wurde er immerhin als Protagonist der gewerkschaftlichen Einheit akzeptiert. Das galt anfänglich auch für Jakob Kaiser, den ehemaligen Landesgeschäftsführer im Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands und 1946/47 Vorstandsmitglied im FDGB.

Jakob Kaiser gehörte nach 1945 in der sowjetischen Zone zu den führenden Köpfen der neu entstehenden Parteienlandschaft. Er zählte zum linken Flügel der CDU, war anfangs Hauptkontrahent Adenauers und vertrat mit seiner These von Deutschland als Brücke zwischen Ost und West ein Konzept, das sich zwar als illusionär erwies, das aber Lehren aus den Erfahrungen mit der Spaltung der Arbeiterbewegung und der NS-Diktatur ziehen wollte. Er versuchte sich so lange wie möglich gegen die Eigendynamik des neuen Ost-West-Konflikts zu sperren. Damit geriet er jedoch schnell zwischen alle Stühle.

Aber es gab nicht nur den 20. Juli. Der organisierte gewerkschaftliche Widerstand im Dritten Reich zeigt das gleiche Muster wie die anderen Zweige des Arbeiterwiderstands: vereinzelt,

in kleinen und wenig effektiven Gruppen, rigoros verfolgt und zunehmend ausgehöhlt, aber als ohnmächtige Auflehnung gegen eine diktatorische Vergewaltigung nie ganz verschwunden. Wie das Erscheinungsbild einer im Lande organisierten Führungsspitze gewerkschaftlichen Widerstandes, der „Illegalen Reichsleitung“ des ehemaligen ADGB, ausgesehen hat, ist nach wie vor strittig. Sie war keine Kaderorganisation und konnte unter den gegebenen Umständen keine sein. Gerhard Beier hat sie als „Rumpforganisation“ beschrieben, „deren Rückgrat die jüngeren, ehemals hauptberuflichen Funktionäre stellten, die aber weit in den ehrenamtlichen Vertrauensleutekörper und Funktionärsapparat hineinreichte.“ Relativ hoch entwickelte Formen von Widerstand lassen sich für einzelne Gewerkschaften, insbesondere die der Eisenbahner, rekonstruieren. Jenseits organisierter Strukturen blieb jedoch auch ein Potential untergetauchter oder unauffälliger Gewerkschafter erhalten. Es sollte nicht zuletzt für die Planungen nach einem geglückten Attentat auf Hitler wichtig werden. Denn der Sturz der Diktatur konnte nur erfolgreich sein, wenn sich eine neue Regierung oder auch nur ein kurzes Übergangsregime auf Rückhalt im Volk stützen konnte.

Die Widerstandsbewegung des 20. Juli war angesichts der Kriegslage und der festen Verankerung des Nationalsozialismus in der Bevölkerung bis tief in die Arbeiterschaft hinein bewußt „von oben“ konzipiert. Wieweit ein von oben initiiertes Umsturz auch von unten zu legitimieren war, blieb bis 1944 sehr umstritten. Verstärkt wurden solche Zweifel durch die tiefe Skepsis der Verschwörer gegenüber Demokratie, Massenherrschaft und plebiszitären Elementen in einer neuen Verfassung. Die von ihnen diskutierten Konzepte einer „Volksbewegung“ trugen daher stellenweise ausgeprägte Züge der Volksgemeinschaftsideologie. Wie brisant dieses Problem der Abstützung eines gelungenen Attentats erschien, zeigt nicht zuletzt die Haltung der Repräsentanten der Arbeiterbewegung Wilhelm Leuschner, Julius Leber und Jakob Kaiser, die sich darin einig waren, dass sie

nach der gewaltsamen Beseitigung Hitlers nicht in die vorderste Reihe der Verantwortlichen gestellt werden dürften, weil sonst einer neuen Dolchstoßlegende Vorschub geleistet werden könne. Wenn Roland Freisler in einer seiner berüchtigten Tiraden Julius Leber als den „Lenin der deutschen Arbeiterbewegung“ apostrophierte, war das ein assoziativer Hinweis auf die potentielle Gefährlichkeit auch der SPD und der reformistischen Arbeiterbewegung in den Augen der Nazis. Der britische Sozialhistoriker Tim Mason hat das Trauma der Revolution von 1918 als Schlüssel zum Verständnis zentraler Elemente der NS-Sozialpolitik pointiert hervorgehoben. In den Berichten des Reichssicherheitshauptamts zum Attentat vom 20. Juli, den sog. Kaltenbrunner-Berichten, wird das indirekt greifbar. Der ausgeprägt gehässige Tonfall in den Aussagen über den „Gewerkschaftsklüngel“, die alte SPD und die politischen Ambitionen der Vertreter der Arbeiterbewegung lassen sich als Bestätigung dieses Traumas lesen. Leber und Leuschner verkörperten als Vertreter der alten Arbeiterbewegung einen politisch besonders gefährlichen Teil der Verschwörung, weil sie als Personen das Ziel einer breiten sozialen Absicherung des Umsturzes zum Ausdruck brachten.

Andere bekämpften mit den geringen Möglichkeiten von Emigranten die Diktatur im Exil. Die gewerkschaftlichen Exilgruppen in Prag und Paris, Schweden und Großbritannien konnten zwar wenig tun, um den Diktator zu stürzen, aber sie konnten Nachkriegsplanungen mit vorbereiten und dabei Lehren aus der Vergangenheit ziehen. Die nach 1945 in den Westzonen entstandenen Einheitsgewerkschaften haben zum Teil in solchen Planungen ihren Ursprung. Namen wie Hans Gottfurcht, Werner Hansen, Fritz Tarnow, Ludwig Rosenberg sind einige der bekanntesten. Auch in Moskau gab es frühzeitig detaillierte Planungen der KPD-Führung über Aufbau und Struktur künftiger Gewerkschaften. Denn ihnen fiel eine Schlüsselrolle für die künftige Machteroberung und -sicherung zu. „Die Gewerkschaften“, so Hermann Matern, später Mitglied des Parteivorstandes

und des Politbüros der SED, „sind eine entscheidende Transmission der Partei in der Arbeiterklasse. Im Kampf um die Gewinnung der Arbeiterklasse ist die Gewerkschaftspolitik von großer Bedeutung [...] Auf Verhinderung der Spaltung müssen die größten Anstrengungen gemacht werden.“ Das war – äußerlich gesehen - nicht nur aus kommunistischer Sicht eine der notwendigen Lehren aus dem Ende von Weimar.

Zu nennen sind aber für die Jahre des „Dritten Reiches“ nicht zuletzt Namen einzelner Gewerkschafter, die auf andere Weise ebenfalls aus der bitteren NS-Erfahrung Lehren ableiteten. Hans Böckler gehört dazu, der sich, zeitweilig verhaftet und ständig von der Gestapo observiert, darauf beschränken musste, unter großen Vorsichtsmaßnahmen und unter oft elenden Existenzbedingungen Kontakte zu halten und Überlegungen über die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung anzustellen. In seiner Biographie, die Ulrich Borsdorf detailliert nachgezeichnet hat, lässt sich die zeitliche und konzeptionelle Spannweite eines Gewerkschafters vom Kriegshilfsdienstgesetz 1916 über die Zentralarbeitsgemeinschaft bis zu den Gewerkschaftsvorstellungen des Goerdeler-Leuschner-Kreises 1944 und zur Mitbestimmung der frühen Nachkriegszeit exemplarisch verfolgen. Nicht ohne Selbstironie schrieb Böckler 1946 als Antwort auf einen Fragebogen der wiederentstehenden SPD: „In der Nazizeit habe ich einfach meine Pflicht getan, war wiederholt in Schutzhaft und wurde wie so viele andere, wirtschaftlich vernichtet. Meine jetzige Tätigkeit ist nach Wiederaufnahme Fortsetzung der früheren. Wie beiliegendes Lichtbild zeigt, blieb mir auch meine frühere Schönheit erhalten.“

III.

Einheitsgewerkschaft war somit das zentrale Schlagwort, in dem die Lehren aus der Weimarer Zeit mit 200 Verbänden und aus den schlimmen Erfahrungen der NS-Diktatur programmatisch

geronnen waren. Das galt für andere Länder Europas nicht minder.

Es gehört andererseits zu den insbesondere von der kommunistischen Historiographie gepflegten Mythen, die Arbeiterbewegung sei 1933 an der politischen Spaltung zugrunde gegangen und eine Einheitsfront hätte das Unheil verhindern können. Wer diesen Mythos genauer unter die Lupe nimmt, stößt bereits hier auf jenes Konzept von „Einheit“, das der Arbeiterbewegung in der SBZ zum Verhängnis werden sollte. „Einheit ist die Frage der SPD – sie wird dadurch ausgeschaltet“, notierte der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck im Moskauer Exil im April 1944. Genau nach diesem Muster verlief die mit Drohungen, Versprechungen und nackter Gewalt durchgedrückte Vereinigung von SPD und KPD. Die Frühgeschichte der Gewerkschaften in der SBZ ist auch in diesem Kontext zu sehen und verweist auf zahllose Beispiele von Manipulation, Täuschung und Terror. Sie geht dennoch in einem solchen Muster nicht auf. Der Weg zum gleichgeschalteten FDGB war verworren und widersprüchlich. Für die Vorgeschichte des Aufstandes vom 17. Juni ist das nicht ohne Bedeutung. „Herrschaft nach Plan und die Macht der Gewohnheit“ hat Helke Stadtland ihre umfassende Untersuchung des FDGB bis 1953 genannt. Sie verweist damit auf die Diskrepanz zwischen den Zielen der völligen Unterordnung unter die Partei nach leninistischem Vorbild und der Nachwirkung von freiheitlichen Traditionen und Erwartungshaltungen an eine Gewerkschaft im „Arbeiter-und-Bauern-Staat“.

Einheit als zonenübergreifende gemeinsame Zielsetzung der deutschen Gewerkschaften ist in der SBZ als Organisationsprinzip konsequent von oben realisiert worden. Aber diese Form von verordneter Zentralisierung und Einförmigkeit hatte zur Folge, dass eine ursprünglich mit großem Engagement und emotionalem Gehalt verfochtene Orientierung schnell zur öden Formel verkam. Das historische Pathos der zahlreichen programmati-

schen Verlautbarungen war erheblich überzogen. Aber man kann davon ausgehen, dass es 1945 auch eine tatsächliche Stimmungslage unter denen wiedergab, die der Arbeiterbewegung angehörten oder ihr nahe standen. „Nur eine gefestigte, geeinte Arbeiterbewegung,“ so die beschwörenden Sätze in der Einleitung der „Grundsätze und Aufgaben der Freien Deutschen Gewerkschaften“ vom Februar 1946, „die in den entscheidenden Jahren vor 1933 entschlossen gewesen wäre, den antifaschistischen Massenkampf mit allen Mitteln zu führen, hätte das furchtbare Unglück, das Deutschland und in der Folge die Welt traf, wenden können.“ Wegen dieser fehlenden Einheit wurde der 1. Mai 1933 zum „schwärzesten Tag in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“.

So deutlich fiel die Kritik in den Westzonen nicht aus, aber das schlechte Gewissen fehlte auch hier nicht. Die organisatorische Konsequenz, die Überwindung der alten Richtungsgewerkschaften, war anders als bei den Parteien in allen Zonen kaum strittig. Das Misstrauen wuchs jedoch in der Praxis, weil sich die kommunistischen Vertreter von ihrem parteipolitisch gebundenen Gewerkschaftskonzept nicht verabschieden wollten und konnten. Viele Programmpunkte stießen auf breite grundsätzliche Zustimmung in allen Zonen (Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft, Entnazifizierung der Betriebe und Verwaltungen, Rückkehr zum Acht-Stunden-Tag, Tarifverträge, kollektive Vertretung von Arbeitern und Angestellten durch Betriebsräte und Betriebsgewerkschaftsleitungen, sozialpolitische Absicherung und Vereinheitlichung der Sozialversicherung, Schaffung von Arbeitsgerichten zur Schlichtung von Streitfällen, Schulungs- und Kulturaufgaben der Gewerkschaften, Initiativen für eine gesamtdeutsche Gewerkschaftsbewegung). Aber die prinzipielle Differenz war nicht zu überbrücken, wie sich schon auf den gewerkschaftlichen Interzonen-Konferenzen der Jahre 1946-1948 zeigte. Besonders Fritz Tarnows gewerkschaftliche Prinzipienklärung, die das Bekenntnis zur Demokratie zur Gretchenfrage

machte, offenbarte das. Die ersten Jahre der Geschichte des FDGB bieten dennoch ein ziemlich buntes Bild, in dem sich traditionsorientiertes freigewerkschaftliches Engagement ebenso findet wie orthodoxe Politik, zynische Manipulation und Verfolgung von „Abweichlern“.

Was sich in den 40er und frühen 50er Jahren noch als spannungsreiche innere Konfliktgeschichte einer Massenorganisation mit der Funktion eines Transmissionsriemens im Sinne Lenins darstellt, brach während des Aufstandes am 17. Juni offen aus. Der FDGB war alles andere als populär unter den Arbeitern. Andererseits unterschieden diese sehr wohl zwischen Partei und Gewerkschaft, vor allem auf den unteren Ebenen der BGL, mit denen sie primär zu tun hatten. Insofern wurden diese Basisfunktionäre auch nicht ohne weiteres für die Misere verantwortlich gemacht, die zu den wichtigsten strukturellen Ursachen des Aufstandes gehörte. Zur Geschichte des Aufstandes gehört aber auch, dass sich unvermutet viele Funktionäre im Konflikt zwischen Regimeloyalität und traditioneller gewerkschaftlicher Interessenvertretung für die Aufständischen entschieden und aktiv mitmachten. Der Umfang dieser Beteiligung lässt sich naturgemäß nicht generell quantifizieren. Ein Indikator für das Ausmaß von ideologischen „Schwankungen“ und „Opportunismus“ – so die offizielle SED-Terminologie – ist jedoch relativ genau an den umfänglichen personellen „Säuberungen“ und Veränderungen im Gewerkschafts- und Parteiapparat nach der Niederschlagung des Aufstandes abzulesen. Die Leitung der IG Metall, der größten Einzelgewerkschaft im FDGB, wurde völlig neu besetzt, ebenso der Zentralvorstand der IG Bau/Holz. Auf allen Ebenen wurden FDGB-Kader in großem Umfang ausgewechselt. „Nur-gewerkschaftertum“ und „Neutralität“, „opportunistisches und kapitulantenhaftes Zurückweichen“ gehörten zu den gängigsten Vorwürfen, die zeigten, dass Teile der Gewerkschaften noch nicht völlig in Handlangerdiensten aufgegangen waren.

Peinlich waren die offiziellen Stellungnahmen der FDGB-Führung. Der umfassende Grundsatzbeschluss des Bundesvorstandes vom August 1953 ist ein makabres Beispiel von obrigkeitshörigem Denken und Anpassung, nachdem die Macht der SED mit Ulbricht an der Spitze dank der sowjetischen Panzer wieder gesichert war. Am 7. Juli hatte es immerhin noch eine gewerkschaftliche Beschlussvorlage für das Politbüro gegeben, in der es hieß: „Es darf keine direkten Eingriffe von Parteiorganen in Angelegenheiten der Gewerkschaften geben, die die Entfaltung der Arbeiterdemokratie in den Gewerkschaften hindern.“ Einen Monat später wurde die dröhnende eigene Erfolgsgeschichte mit einem düsteren Verfallsgemälde für Westdeutschland und der Etikettierung des Aufstandes als „faschistischer Putsch“ verbunden.

Eine wirkliche gewerkschaftliche Interessenvertretung ist ein Element der Forderungen der Aufständischen gewesen. Hinzu kam die genuin politische Forderung nach freien Wahlen und einer Veränderung des Systems. Sie bedeutete keineswegs automatisch die Übernahme der Bonner Demokratie, aber sie lief ohne Frage auf die Wiederherstellung der nationalen Einheit hinaus. Das war zur damaligen Zeit ein selbstverständlicher Bezugspunkt. Diese nationale Komponente ist in der Folgezeit ein wichtiges Element der Deutungsgeschichte des Aufstandes gewesen – ein Thema, das für die Entwicklung der politischen Kultur in der Bundesrepublik außerordentlich aufschlussreich ist und hier zumindest genannt werden soll, ohne es auszuführen. So versuchte Adenauer in der Bundestagsdebatte, die sich an die Regierungserklärung vom 1. Juli 1953 anschloss, vom Aufstand in der DDR einen Bogen zu seiner Politik der Westintegration zu schlagen. Die Unterstützung der Westmächte werde das Vermächtnis der Aufständischen einlösen. Herbert Wehner setzte dem eine erregte Antwort entgegen und tumultartige Szenen begleiteten dann Willy Brandts Rede. Für ihn war es ein Aufstand der Arbeiterklasse, in dem sich soziale und nationale Ziele

verbunden. Sozialismus war für Brandt auch ein nationales Emanzipationsprojekt und in einer scharfen Wendung gegen die Regierung sagte er über die Aufständischen: „Sie wollen demokratisieren, nicht restaurieren.“ Auch in den zeitnahen Aktionen des DGB rückte der 17. Juni ganz in die Traditionslinie der sozialistischen Arbeiterbewegung. Treffend hat Edgar Wolfrum dieses Deutungsmuster als eine Art „sozialdemokratische Doppelrevolution gegen den kommunistischen Totalitarismus und gegen den restaurativen kleindeutschen Bonner Teilstaat“ charakterisiert.

IV.

Das Thema Gewerkschaften und Diktaturen in Deutschland hat noch viele andere Facetten, von denen ich abschließend lediglich zwei ansprechen möchte.

Auch in der Bundesrepublik wurden gewerkschaftliche Lehren aus der Geschichte gezogen. Der von Leuschner vor seiner Hinrichtung 1944 überlieferte Ruf „Schafft die Einheit“ gehörte dazu. Die Einheitsgewerkschaft als zentrales Programmelement war kaum strittig, wohl dagegen ihre Form. Bis auf wenige marginale Ausnahmen ist zumindest eine Wiederentstehung von Richtungsgewerkschaften verhindert worden. Zugleich haben die im DGB vereinigten Gewerkschaften ein gesellschaftspolitisches Programm vorgelegt, das im Selbstverständnis seiner Autoren wichtige Lehren aus der NS-Vergangenheit zog. Begriffe wie Sozialisierung und Wirtschaftsplanung, die heute ins Gruselkabinett marxistischer Orthodoxie verbannt werden, gehörten damals zum selbstverständlichen Vorstellungshorizont nicht nur der deutschen, sondern der gesamten europäischen Linken in Parteien und Gewerkschaften, und zwar auch in ihren gemäßigten Flügeln. Dass die Bundesrepublik Deutschland in der Organisation von Einheitsgewerkschaften in Westeuropa eher der Ausnahmefall als die Regel war, zeigt jedoch ein Blick nach Frankreich und Italien, wo aus den Konflikten des Kalten Krie-

ges erneut die Aufspaltung in kommunistische, sozialistische und christliche Verbände entstand. Warum verlief die Entwicklung in der Bundesrepublik anders? Zumindest ein wichtiger Grund liegt in der Spaltung des Landes. Die ehemals starke kommunistische Tradition konnte sich im politischen Klima des Kalten Krieges in der Bundesrepublik zwar nur noch begrenzt entfalten. Wichtiger aber war, dass diese Tradition gewissermaßen territorial in die DDR ausgelagert war und sich dort in einer abschreckenden Diktatur zeigte. Im eigenen Lande führte die KPD – von Regionen wie dem Ruhrgebiet abgesehen – ein Schattendasein, weil sie an der kurzen Leine der SED geführt wurde und das stalinistische Regime in der DDR ihr jede Glaubwürdigkeit nahm.

Die Teilung des Landes hatte aber noch einen anderen Effekt. Dass die SED die Erfüllung des Erbes der deutschen Arbeiterbewegung beanspruchte, war zwar ein demagogischer Akt der Usurpation. Doch wurde dadurch in der Atmosphäre des Kalten Krieges nicht verhindert, dass sich die westdeutsche Arbeiterbewegung ständig gegenüber Angriffen aus dem konservativen Lager legitimieren und gegen ideologische Verdrehungen zur Wehr setzen musste. Begriffe aus der Tradition wurden von der SED besetzt und missbraucht. Wer zeitgenössische Polemiken gegen gewerkschaftliche Sozialisierungs- und Mitbestimmungsforderungen aus den frühen 50er Jahren liest, findet hier auf Schritt und Tritt eine doppelte Argumentationsfigur: Gewerkschaften wurden zu Repräsentanten des Kollektivismus gestempelt, wie man ihn in der braunen Variante aus der NS-Zeit kannte und mit rotem Anstrich jenseits der Elbe besichtigen konnte. Aus der Sicht der Bundesvereinigung der Arbeitgeber waren nicht so sehr die Kommunisten als vielmehr die demokratischen Sozialisten und Gewerkschaften das trojanische Pferd im eigenen Lande. Auch diese Zwänge zur Verteidigung eigener legitimer und demokratischer Positionen gegen Unterstellungen mit

schiefen, aber wirksamen Vergleichen gehören zur Geschichte des Verhältnisses von Gewerkschaften und Diktaturen.

Auf der anderen Seite haben sich der DGB und auch die Branchengewerkschaften in den 50er Jahren mit großer Selbstverständlichkeit für die Wiedervereinigung stark gemacht. Der DGB und – in unterschiedlichem Maße – die Einzelgewerkschaften haben die vielfältigen Versuche der Westkommission des FDGB, in der Bundesrepublik Fuß zu fassen, abgewehrt und in den gewerkschaftlichen Organisationseinheiten und in den Betrieben den Einfluss der von der SED abhängigen KPD zurückgedrängt. In einer Erklärung des DGB von 1955 zum 17. Juni hieß es selbstbewusst: „Niemand hat mehr getan für die Wiedervereinigung als die Arbeiter und Angestellten in der sowjetisch besetzten Zone am 17. Juni 1953. Niemand hat in der Bundesrepublik für die Wiedervereinigung mehr getan als die organisierte Arbeitnehmerschaft.“

Seit den 60er Jahren verschwand aber im Zuge der Gewöhnung an die Teilung und der nachlassenden Prägekraft des Kalten Krieges dieses nationale Interesse – in der Bevölkerung insgesamt und bei den Gewerkschaften nicht minder. Die Euphorie der Entspannungspolitik hat schließlich auch zu unerquicklichen Erscheinungen geführt, an die wir heute nicht mehr gern erinnert werden wollen. Auch wer die Entspannungspolitik nachdrücklich als politisch richtigen Weg verteidigt, muss dies selbstkritisch konstatieren. „Das Genossenkartell“ – so der polemische Titel einer Dokumentation über die Zusammenarbeit von westdeutschen Gewerkschaften, insbesondere der IG Druck und Papier, mit dem FDGB – zeigte eine bisweilen fatale Blauäugigkeit gegenüber den Avancen der östlichen Seite und der völligen Abhängigkeit des FDGB von der SED. Das Interesse an und die Solidarität mit verfolgten Dissidenten blieben marginal. Cum grano salis galt das auch für Kontakte zu den Staatsgewerkschaften in Osteuropa. Die Verfestigung einer Kontaktdiplomatie

führte - wie in der Bundespolitik auch - zur weitgehenden Blindheit gegenüber Reform- und Oppositionsbewegungen, die zur Revolution von 1989 wesentlich beigetragen haben. Insofern kann man Wolfgang Templins Kritik an dem Verhalten der westdeutschen Gewerkschaften durchaus zustimmen: „In den besten Zeiten Gorbatschows und einer relativen gesellschaftlichen Ruhe in der DDR konnte man aus Überschätzung der Reform- und Vernunftpotentiale von oben vielleicht noch Illusionen hegen, dass diese aber bis in die letzten Monate der DDR hinein anhielten, ist nicht mehr nachzuvollziehen.“ Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter hat 1979 anlässlich einer großen wissenschaftlichen Konferenz des DGB eine unvoreingenommene, kritische Aufarbeitung der eigenen Geschichte angemahnt. Ich meine, dieser Aspekt gehört dazu.

Freilich sollte man sich die Kritik auch für diese historische Phase nachträglich nicht zu einfach machen. Pointiert gesagt: Die Entspannungspolitik erwuchs nicht zuletzt aus Erfahrungen mit gescheiterten Aufständen wie dem von 1953. Aber sie verlor ihre ursprünglichen Ziele bisweilen allzusehr aus den Augen und verselbständigte sich. Erhard Eppler, einer der Väter des viel gescholtenen SED-SPD-Papiers von 1987, hat in seiner Rede im Bundestag zum 17. Juni 1989 eindrucksvoll und zum großen Ärger der SED gezeigt, dass Systemstabilität nicht der einzige politische Wert sein musste. Seine schneidende Kritik an der orthodoxen SED-Führung ohne politische Perspektiven verband er mit dem Appell zum Nachdenken darüber, „was in Deutschland geschehen soll, wenn der Eiserne Vorhang rascher als erwartet durchrostet.“

Der 17. Juni war das erste – genauer gesagt nach Pilsen am 1. Juni 1953 das zweite – Glied einer Kette von Unruhen, Krisen und Aufständen im sowjetischen Imperium. Er fand auf „offener Bühne“ mitten in Europa statt. Das verstärkte seine Wirkung als Schock und Trauma für beide Seiten. Gegen das leninistische Modell der Gewerkschaft als Transmissionsriemen des Parteiwillens sind aber auch nach dem ersten Massenaufstand von 1953 Arbeiter immer wieder Sturm gelaufen. In Polen und Ungarn verband sich die Auflehnung gegen stalinistische Regime und die etablierten Gewerkschaftsapparate 1956 mit Modellen von Arbeiterräten. Die Kritik an der Staatsgewerkschaft als „Laufburschen der Partei“ war in Polen so heftig, dass die Führung ausgewechselt werden musste und zumindest für kurze Zeit Formen von Arbeiterselbstverwaltung regulär eingerichtet wurden. Während der heftigen und blutig niedergeschlagenen Unruhen in Danzig und Stettin im Dezember 1970 tauchten erneut Forderungen nach authentischen Gewerkschaften auf, die in die Vorgeschichte der Solidarnosc gehören. Diese entstand zwar im August 1980 auf der Danziger Lenin-Werft als Gewerkschaft, reichte aber in ihren Wirkungen und Erscheinungsformen schnell weit über eine traditionelle Gewerkschaftsorganisation hinaus. Sie war die erste ca. 10 Millionen Mitglieder umfassende unabhängige Massenorganisation im Ostblock und erscheint uns heute als erste Etappe auf dem keineswegs geradlinigen Weg zu dessen Erosion und Auflösung. Wie bei kaum einem anderen Beispiel der internationalen Gewerkschaftsgeschichte verbanden sich hier soziale, freiheitliche und nationale Elemente aufs engste.

Soziale Emanzipation, politische Freiheit und nationale Loyalität – das kann in der historischen Rückschau nach bitteren Erfahrungen mit zwei Diktaturen als Aktivposten auch in einer Zeit von Bedeutung sein, in der Gewerkschaften massiv als Traditionsunternehmen in die Kritik geraten sind. Bei allen harten Auseinandersetzungen über den notwendigen Umbau des Sozialstaats darf der demokratische politische Rahmen nie zur De-

batte stehen – das ist sicherlich die unstrittigste Lehre aus der doppelten Diktaturerfahrung. Der auf Marx und Lenin begründete Sozialismus war angetreten, um die soziale Frage des 19. Jahrhunderts ein für alle Mal zu lösen. Er schuf sich durch politische Unterdrückung und exzessive Sozialpolitik eine neue soziale Frage und ein politisches Problem, an dem schließlich alle realsozialistischen Diktaturen in Europa gescheitert sind. Die Aufständischen von 1953 haben nachdrücklich an die uns heute scheinbar selbstverständlich erscheinende Forderung des Arbeitervereinstages von 1868 in Nürnberg erinnert: „Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.“

Reihe Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung

Heft 45: Manfred Stolpe, Otto Wels und die Verteidigung der Demokratie, Bonn 2002 (32 S.)

Heft 46: Anne Cottebrune, „Deutsche Freiheitsfreunde versus „deutsche Jakobiner“. Zur Entmystifizierung des Forschungsgebietes „Deutscher Jakobinismus“, Bonn 2002 (61 S.)

Willy Brandt, Reden anlässlich des 10. Todestages am 8. Oktober in Berlin, Bonn 2002 (34 S.)

Heft 47: Jürgen Kocka, Sozialgeschichte in Deutschland seit 1945. Aufstieg – Krise – Perspektiven, Bonn 2002 (37 S.)

Heft 48: Julia Macher, Verdrängung um der Versöhnung willen? Die geschichtspolitische Auseinandersetzung mit Bürgerkrieg und Franco-Diktatur in den ersten Jahren des friedlichen Übergangs von der Diktatur zur Demokratie in Spanien (1975-1978), Bonn 2002 (132 S.)

Heft 49: Klaus Schönhoven, Geschichtspolitik: Über den öffentlichen Umgang mit Geschichte und Erinnerung, Bonn 2003 (20 S.)

Heft 50: Dieter Dowe (Hrsg.), 140 Jahre Gründung von Lassalles Allgemeinem Deutschen Arbeiterverein 1863 in Leipzig – zur Frühgeschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 2003 (66 S.)

Heft 51: Dieter Dowe (Hrsg.), Der 17. Juni 1953. Die Gewerkschaften und die Diktaturen des 20. Jahrhunderts, Bonn 2003 (47 S.)

Heft 52: Heiner Lindner, „Erkämpft Eure Freiheit! Stürzt Hitler!“ Die „Sozialistische Mitteilungen“ 1939 – 1948, Bonn 2003 (ca 270 S.)

Alle Hefte sind im Volltext im Internet abrufbar unter www.fes.de

Kostenloser Bezug beim
Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung
Doris Fabritius
Godesberger Allee 149
D-53175 Bonn
Tel.: 0228 - 883 473, Fax.: 0228 – 3779606,
E-mail: Doris.Fabritius@fes.de